



Auf dem Weg zur kommunalen Schule

Offene und verdeckte Privatisierung im Bildungssystem

Jens Wernicke

Gliederung

1. Teil: Gesellschaftlicher Kontext

- 1.1. Vom Rückzug des Staates aus der Bildungsfinanzierung...
- 1.2. ...und den Interessen dahinter
- 1.3. ...zum Geschäftsmodell Bildung

Pause

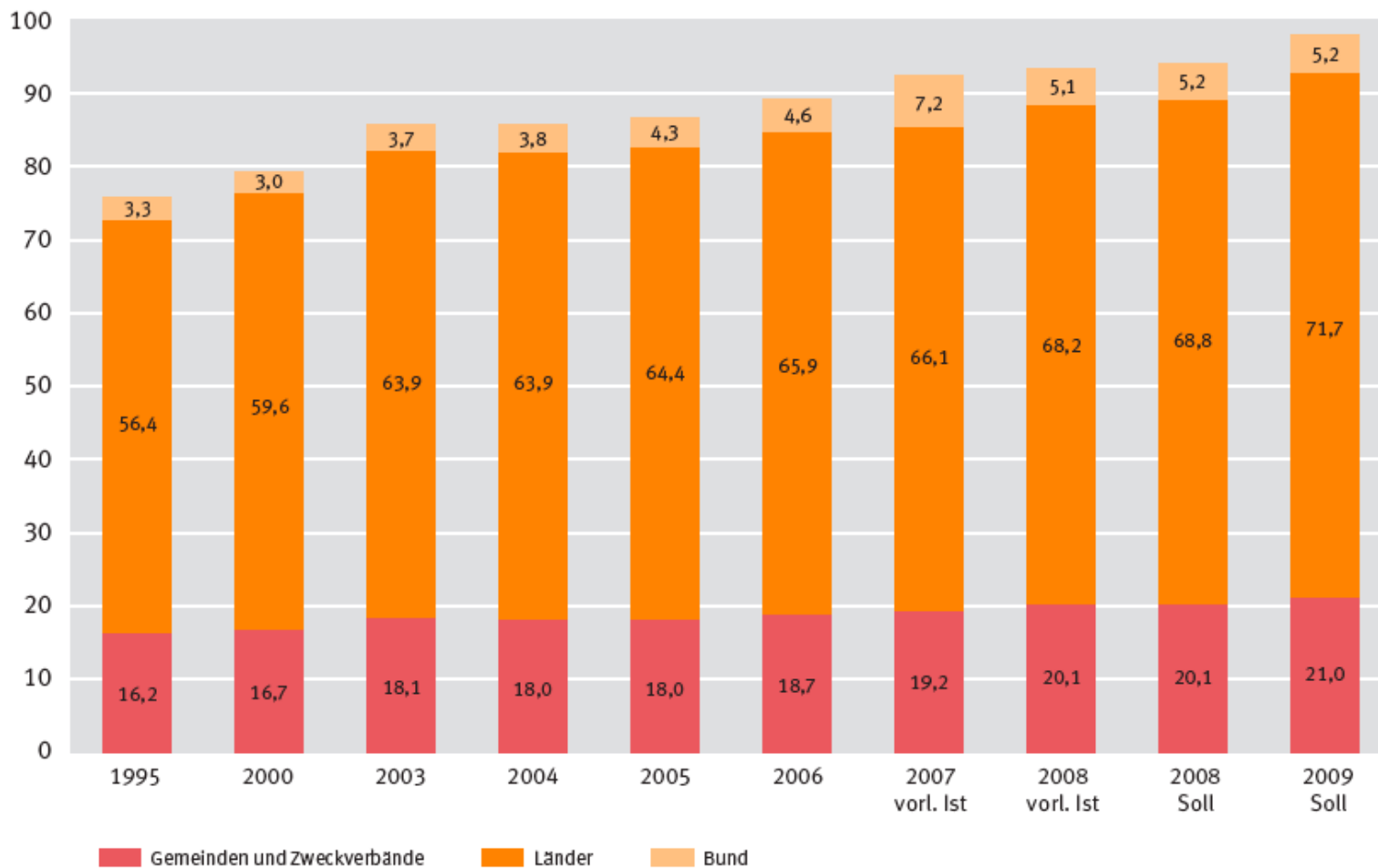
2. Teil: Konkrete Projekte

- 2.1. Bürgerschule
- 2.2. Kommunale Schule | Bildungslandschaft

1. Teil: Gesellschaftlicher Kontext

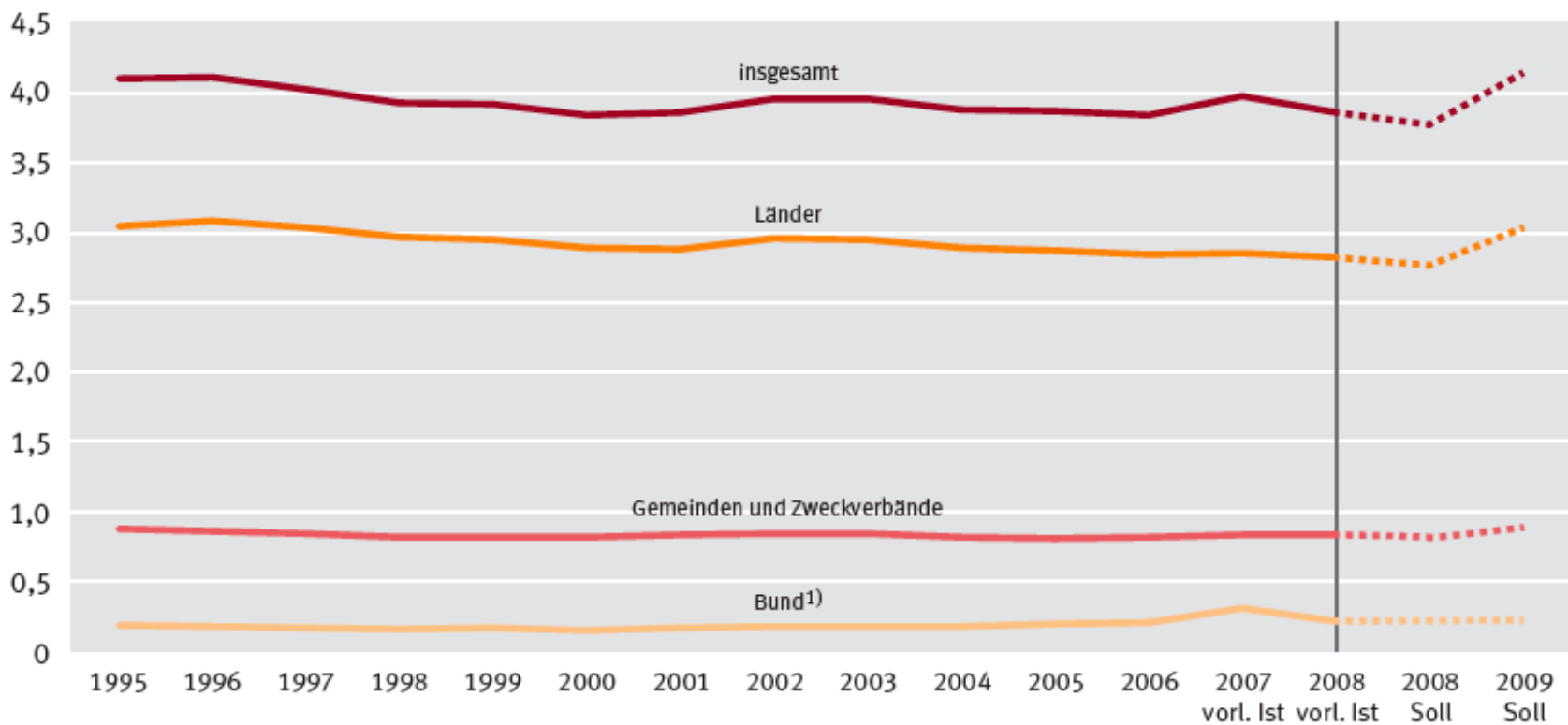
1.1. Vom Rückzug des Staates aus der Bildungsfinanzierung...

Abbildung 3.0-1: Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben in Mrd. Euro



Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Abbildung 3.3-1: Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum BIP nach Körperschaftsgruppen in %



1) Ausgabenanstieg beim Bund in 2007 durch Zuführung von 2,15 Mrd. Euro zum Sondervermögen Kinderbetreuungsbaus.

Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Öffentliche Bildungsausgaben (Grundmittel) in Relation zum BIP

1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
5,11	4,77	4,14	3,65	4,11	3,93	3,92	3,84	3,86	3,96	3,96	3,90	3,86	3,79	3,79	3,69

Quelle für 1975 bis 2005: BLK Bildungsfinanzbericht 2004/2005, Heft 137-II, vom Oktober 2006, S.42

Quelle für 1995 bis 2008: Statistisches Bundesamt, Bildungsfinanzbericht 2008, S.83.

Öffentliche Bildungsausgaben 2008

Notwendige
Erhöhung **2008**

... um den Anteil
von **1975** zu erreichen

... um den Anteil
von **1995** zu erreichen

+ 35,3 Mrd.

+ 10,3 Mrd.

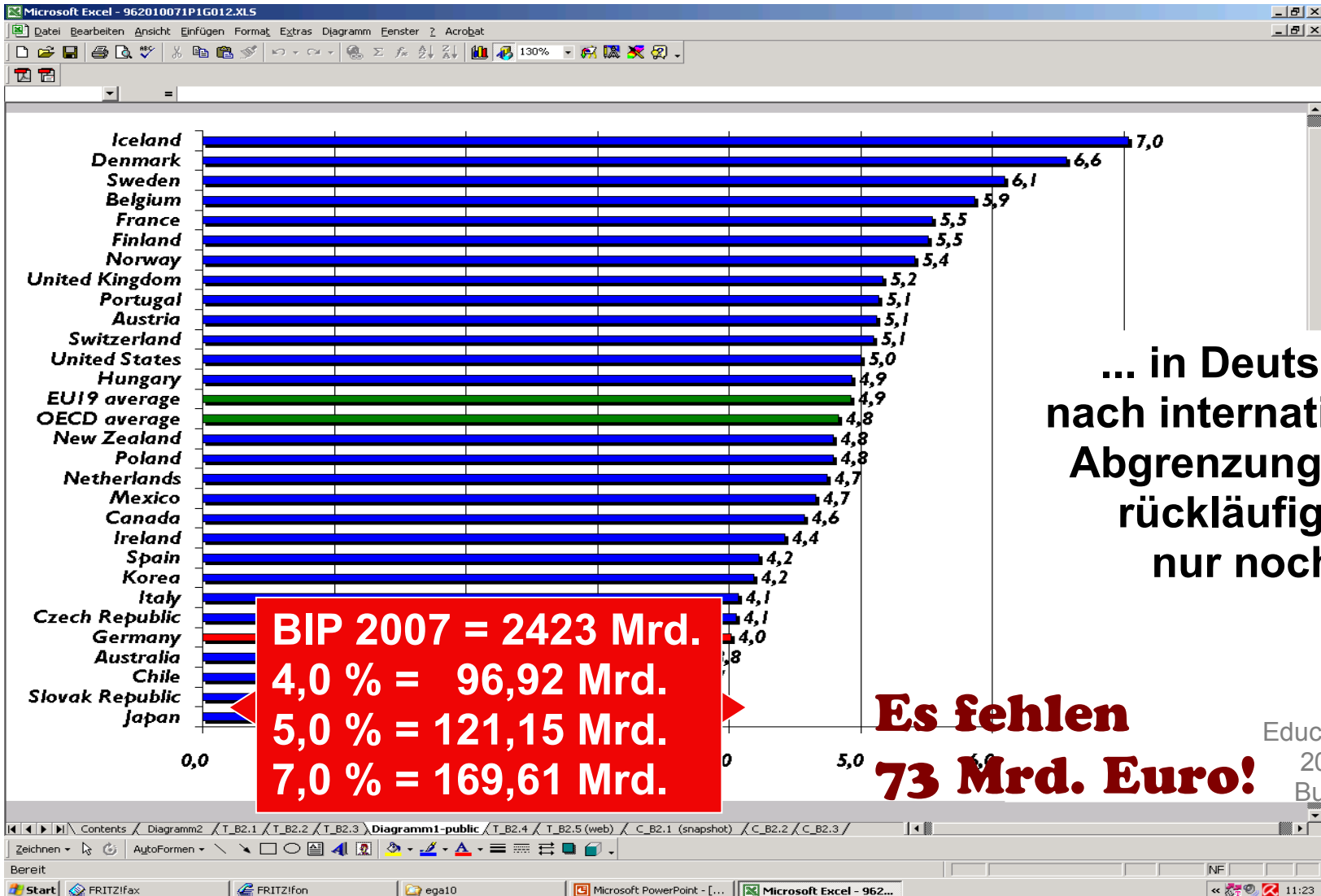
Öffentliche
Bildungsausgaben
in Euro **2008**



(entspricht
3,69 % des BIP)

Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Anteil der öfftl. Ausgaben für öfftl. Bildungsinstitutionen am BIP 2007



... in Deutschland
nach internationaler
Abgrenzung weiter
rückläufig: 2007
nur noch **4,0 %**

BIP 2007 = 2423 Mrd.
4,0 % = 96,92 Mrd.
5,0 % = 121,15 Mrd.
7,0 % = 169,61 Mrd.

**Es fehlen
73 Mrd. Euro!**

Quellen: OECD:
Education at a Glance
2010, Statistisches
Bundesamt, eigene
Berechnung

1.2. ...und den Interessen dahinter

Die „dreidimensionale“ Wende

Verwaltung

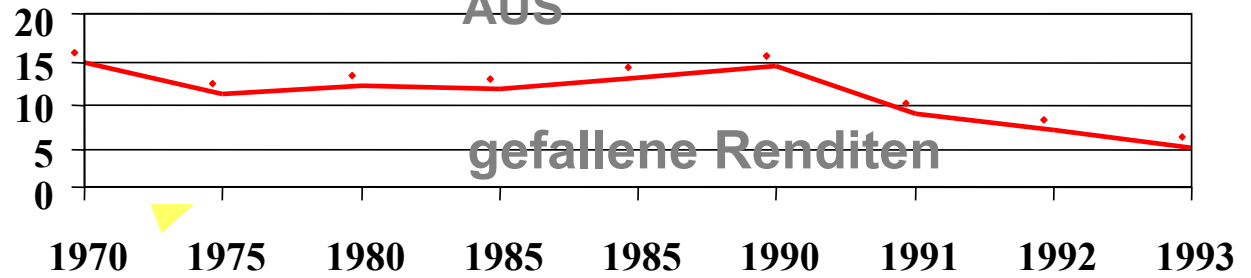
Kritik an traditionellem, hierarchischem Verwaltungsverständnis

NPM

USA
GB
NEZ
AUS

- Public Choice
- Managerialismus
- Neue Institutionenökonomie

Ökonomie



v. Bretton-Woods
Produktionsmodell

Krise

Politik



Paradigmenwechsel: „Neue Rechte“: Reagan, Thatcher...

Neoliberalismus: „lean production“ -> „schlanker Staat“ (Wohlfahrtsstaat soll zum „international konkurrenzfähigen Wettbewerbsstaat“ transformiert werden): Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Fortführung Ende der 1990er: New Labour, Rot/Grün ...

„Längst kritisieren auch bekannte Wirtschaftswissenschaftler wie Joseph Stiglitz, ehemaliger Chefökonom der Weltbank, die "Auswüchse" des Neoliberalismus und beklagen die wachsende soziale Ungleichheit als dessen unerwünschtes Nebenprodukt.

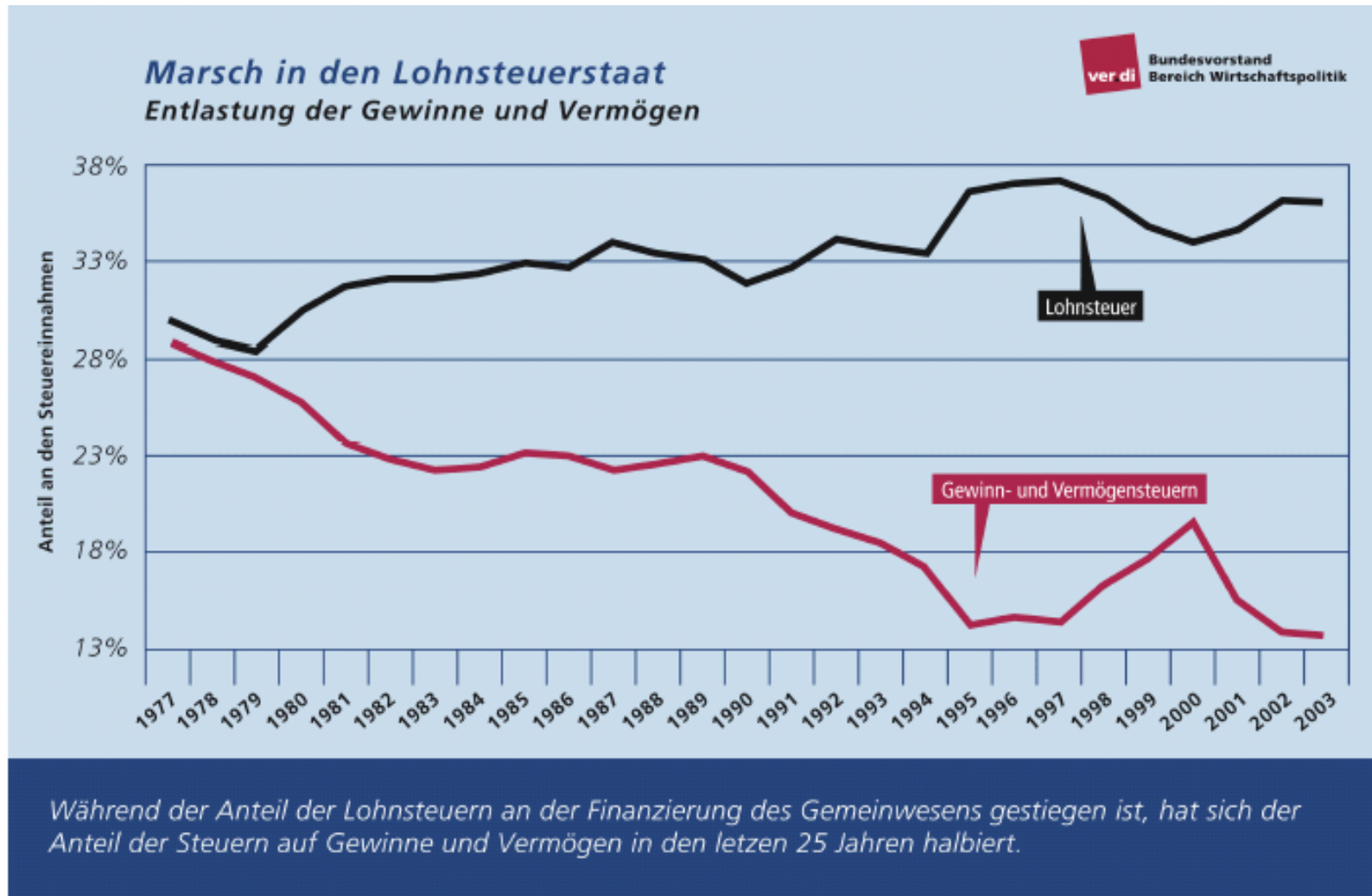
Falsch, sagt David Harvey: Weshalb kommt diesen Leuten denn "nie der Gedanke, dass die soziale Ungleichheit womöglich von Anfang an der Zweck der ganzen Übung war"? Die neoliberale Wende, so Harvey, wurde in den 70er-Jahren zu dem alleinigen Zweck eingeleitet, die Klassenmacht einer gesellschaftlichen Elite wiederherzustellen, die befürchtete, dass ihre Privilegien nachhaltig beschnitten werden könnten.“

David Harvey: Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Klappentext

Die Methode der Wahl heißt: „Akkumulation durch Enteignung.“

David Harvey: Der neue Imperialismus

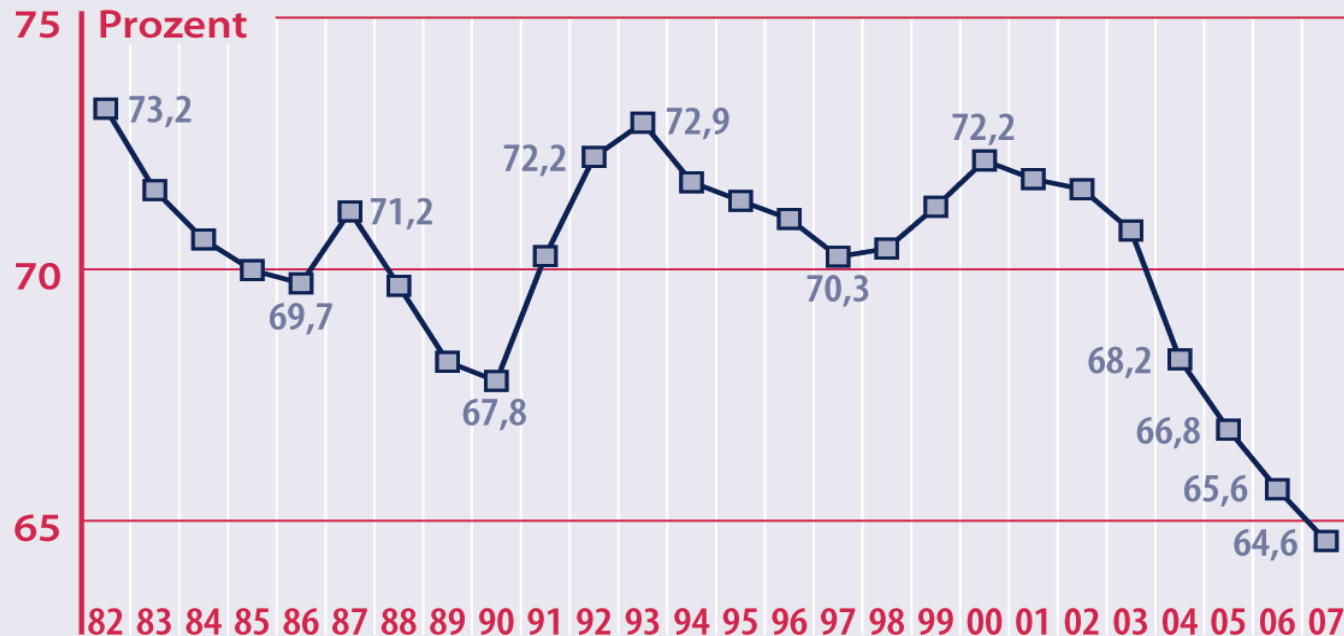
Materielles Resultat: Umverteilung von unten nach oben



Materielles Resultat: Umverteilung von unten nach oben

ENTWICKLUNG DER LOHNQUOTE

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen in Deutschland seit 1982

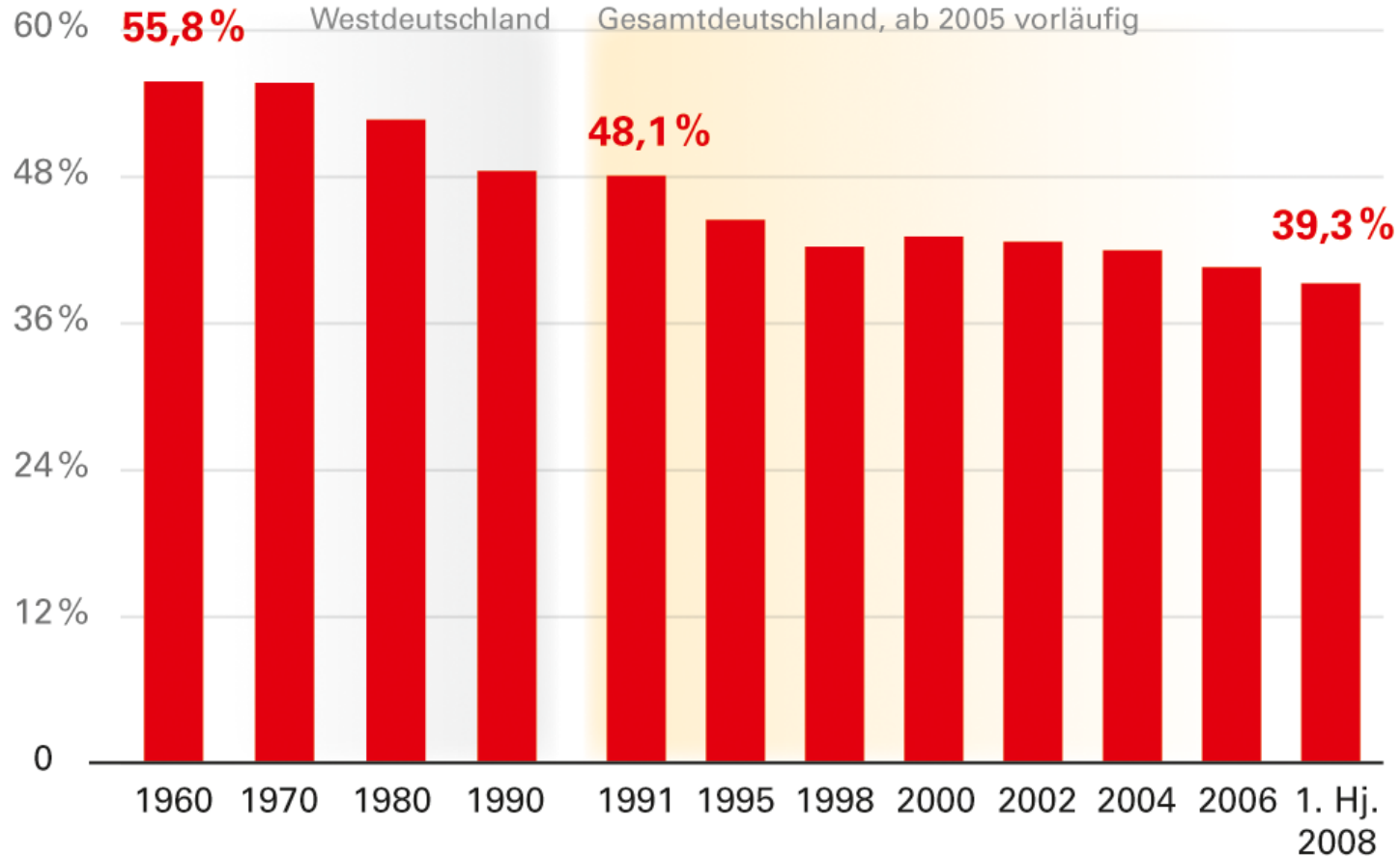


Quelle: Statistisches Bundesamt:
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2008

Materielles Resultat: Umverteilung von unten nach oben

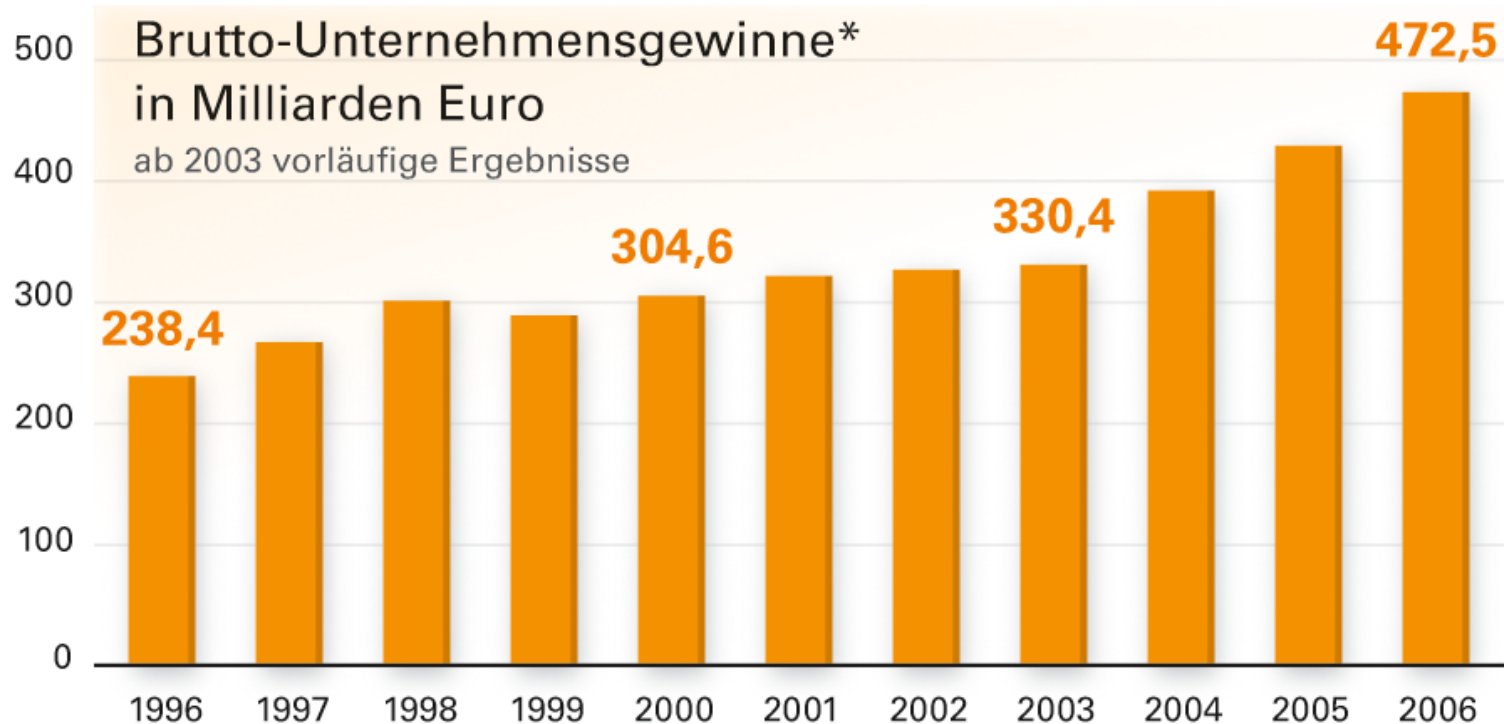
Entwicklung von Nettolohnquote...



Quelle: Böckler Impuls 19/2008, S. 1

Materielles Resultat: Umverteilung von unten nach oben

Unternehmen verdoppeln ihre Gewinne

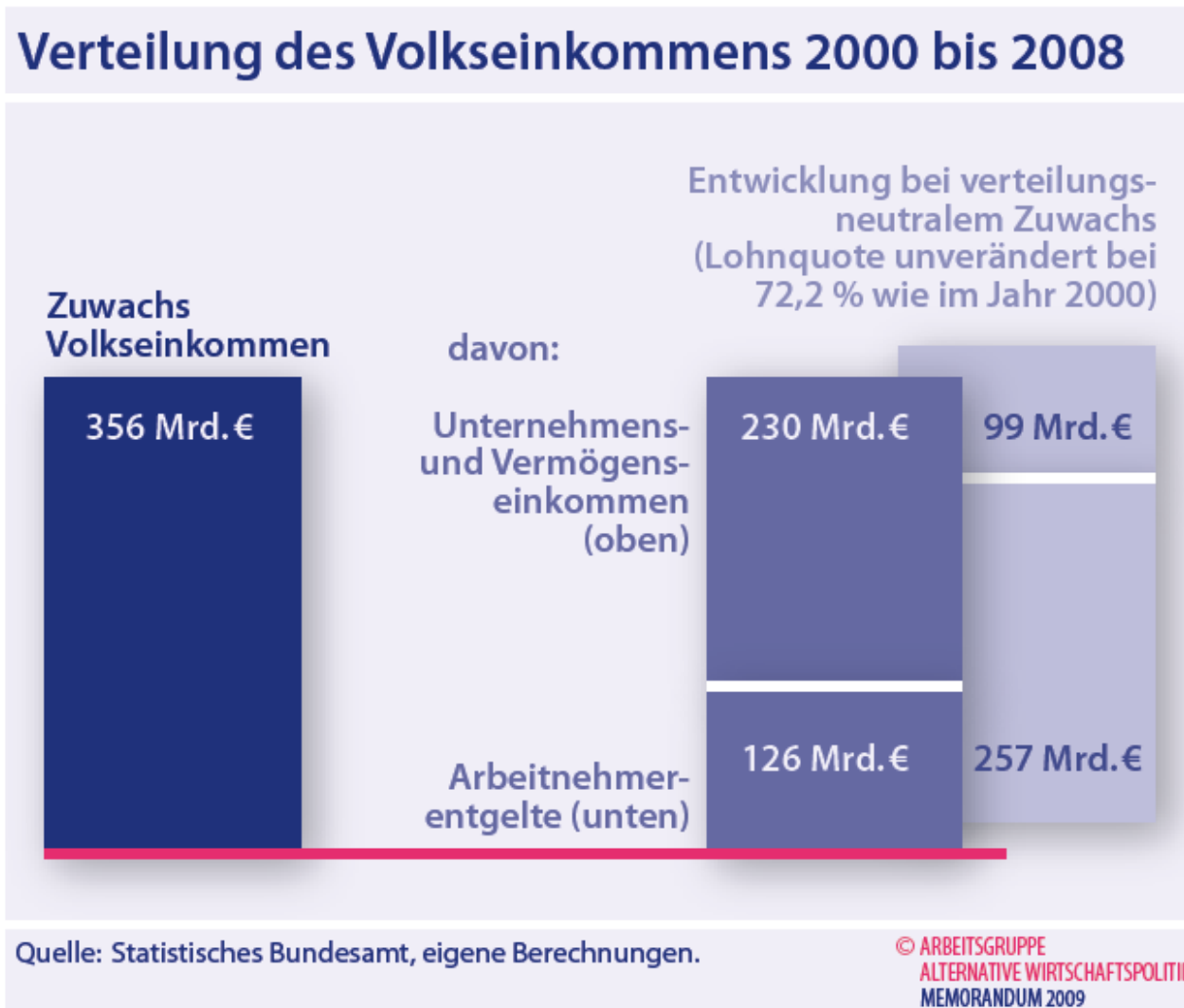


* Kapitalgesellschaften im engeren (AG, GmbH u.ä.) und weiteren Sinn (oHG, KG u.ä.)

Quelle: Statistisches Bundesamt, Schäfer/WSI 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2007

Quelle: Böckler Impuls 19/2007, S. 1

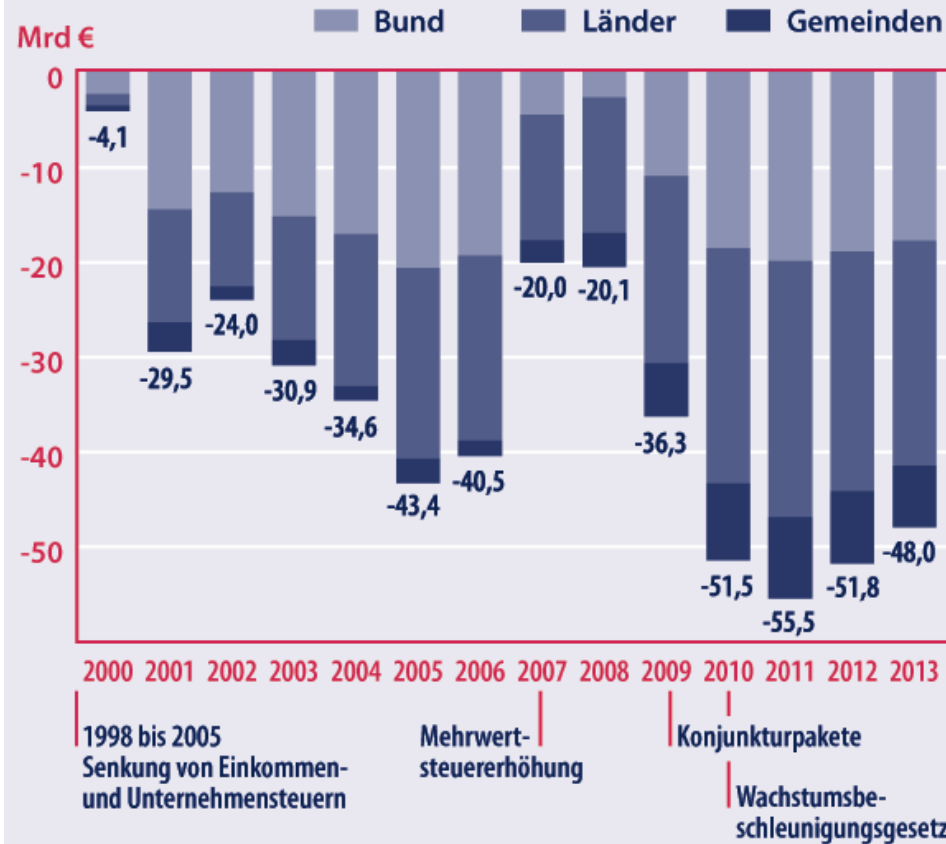
Materielles Resultat: Umverteilung von unten nach oben



Materielles Resultat: Staatsauszehrung und Sozialabbau

Einnahmeausfälle durch Steuerrechtsänderungen

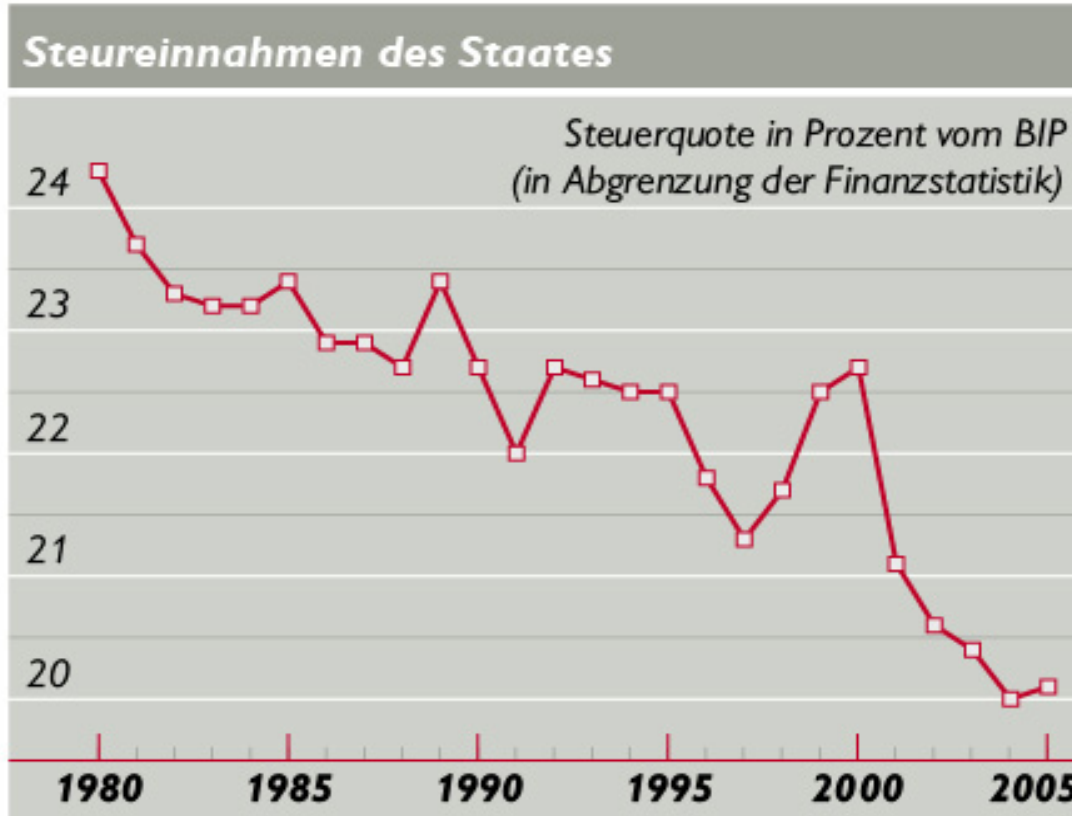
Einnahmeausfälle seit 2000 für Bund, Länder und Gemeinden durch die Steuerrechtsänderungen seit 1998



Quelle: Berechnungen Eicker-Wolf/Truger

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
SONDERMEMORANDUM 2010

Materielles Resultat: Staatsauszehrung und Sozialabbau



Quelle: Monatsbericht des Bundesministeriums für Finanzen,
Mai 2006, S. 93

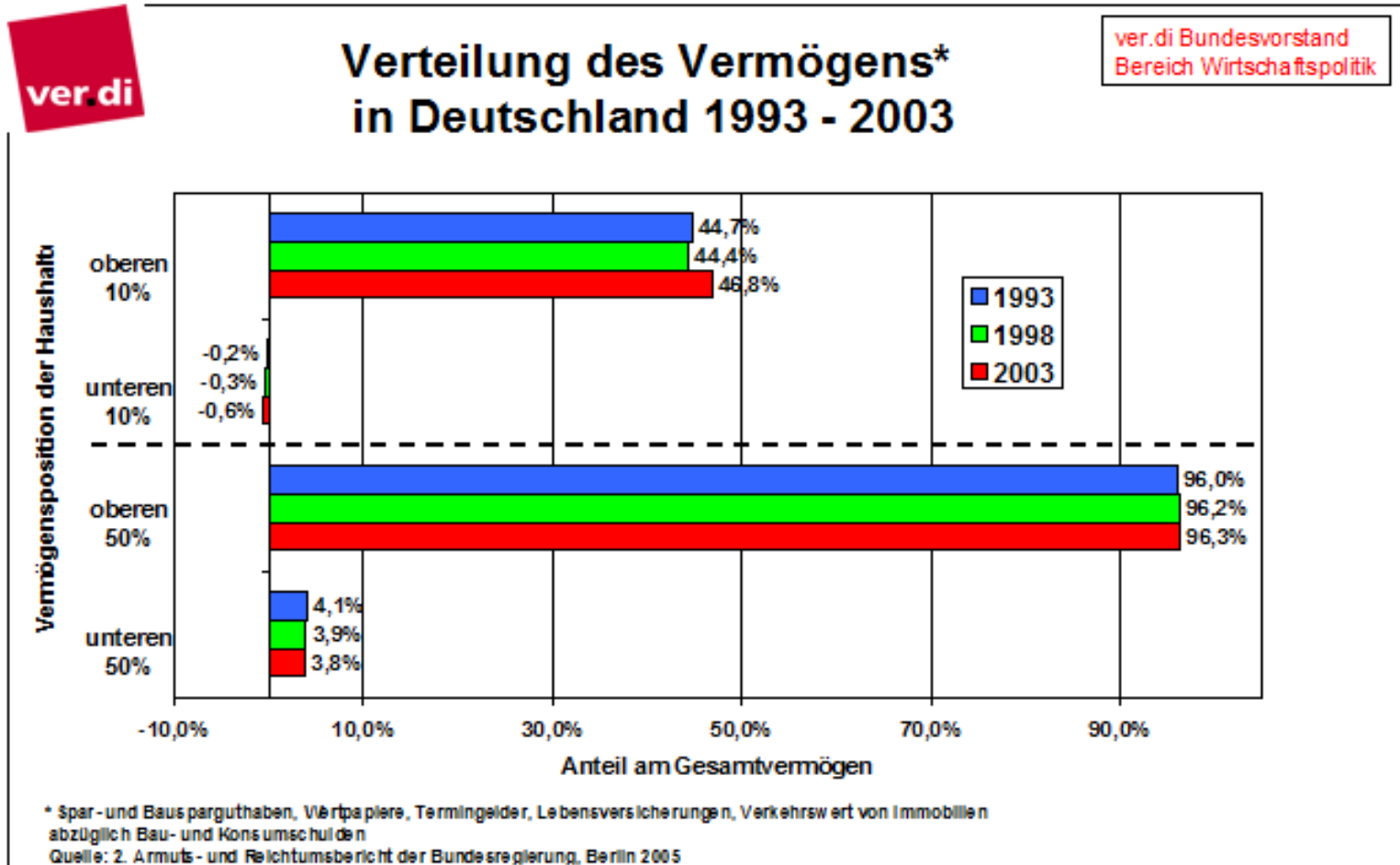
Materielles Resultat: Staatsauszehrung und Sozialabbau



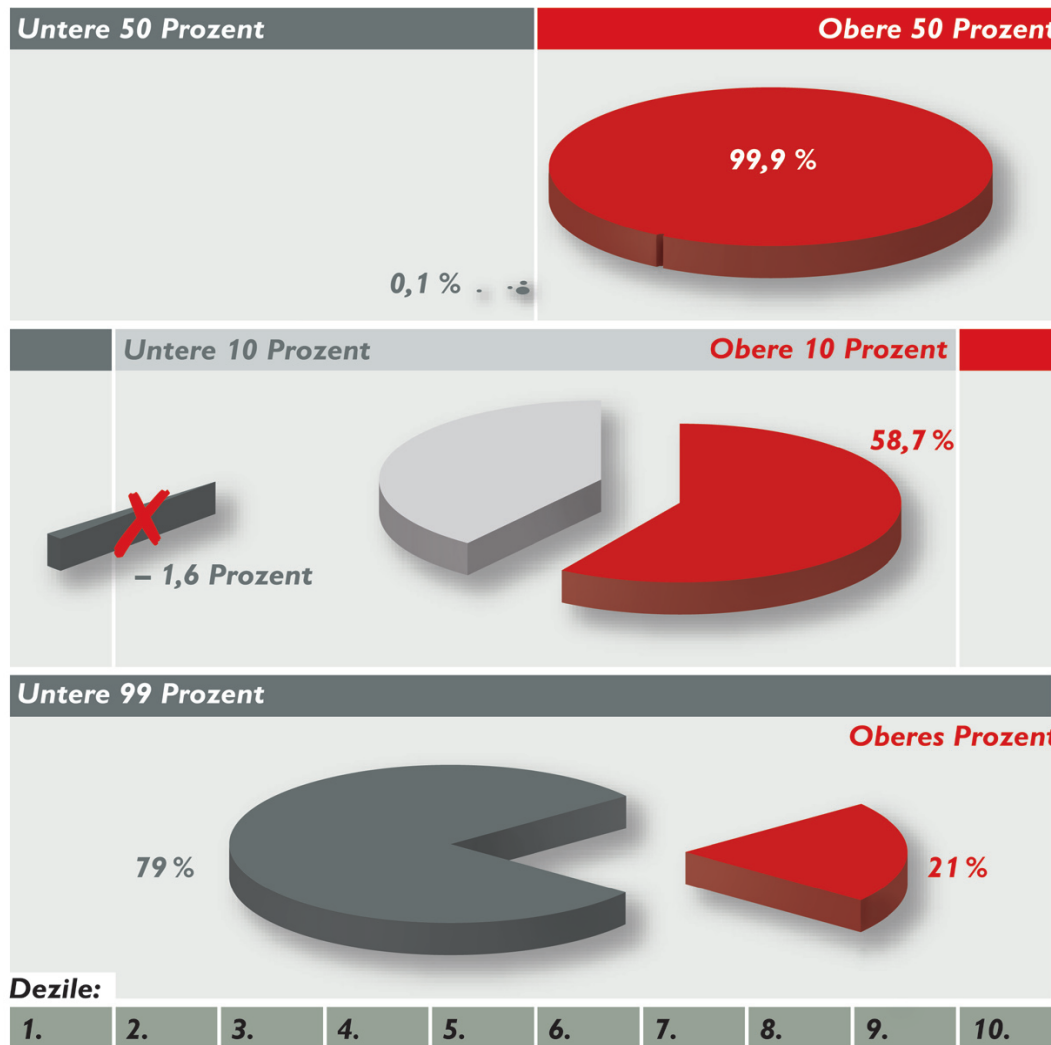
Anteil öffentlicher Beschäftigung

Quelle: DGB Hessen, ILO (International Labour Office)

Materielles Resultat: Überakkumulation von Vermögen

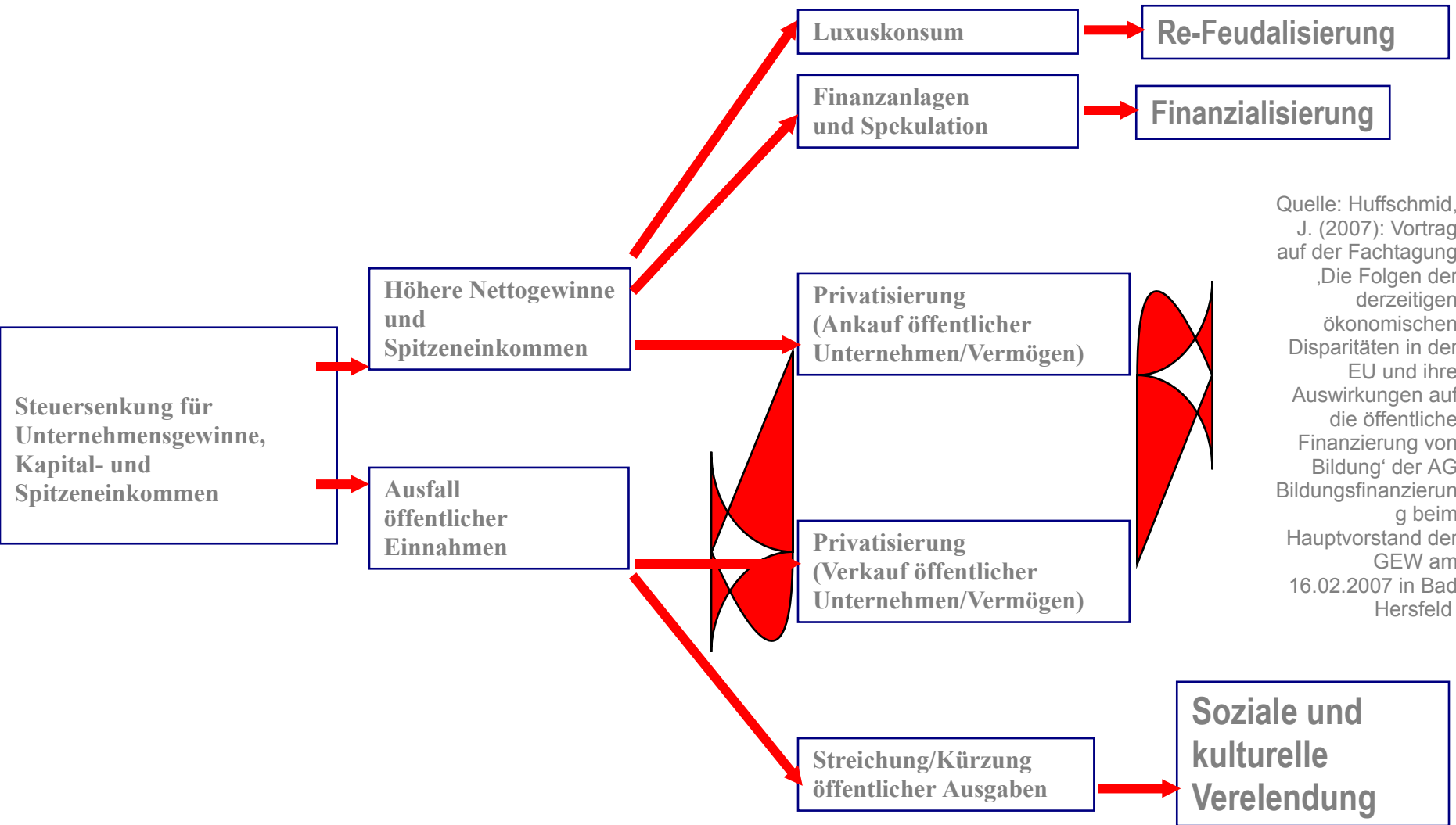


Materielles Resultat: Überakkumulation von Vermögen



Quelle: Transparent 1/2007, S. 2

Materielles Resultat: Steuersenkungs-Privatisierungs-Kreislauf



Quelle: Huffschmid, J. (2007): Vortrag auf der Fachtagung 'Die Folgen der derzeitigen ökonomischen Disparitäten in der EU und ihre Auswirkungen auf die öffentliche Finanzierung von Bildung' der AG Bildungsfinanzierung beim Hauptvorstand der GEW am 16.02.2007 in Bad Hersfeld

„Doch der Neoliberalismus zielt darauf, alle Lebensbereiche dem Marktmechanismus zu unterwerfen und die Verwandlung von Mensch, Natur und Moral in Waren grenzenlos auszuweiten.“

**Karl-Georg Zinn, deutscher Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied
im Beirat der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union**

„Wir haben es mit einer Wirtschaft zu tun, die sich anschickt, totalitär zu werden, weil sie alles unter den Befehl einer ökonomischen Ratio zu zwingen sucht. [...] Aus Marktwirtschaft soll Marktgesellschaft werden. Das ist der neue Imperialismus. Er erobert nicht mehr Gebiete, sondern macht sich auf, Hirn und Herz der Menschen einzunehmen. Sein Besatzungsregime verzichtet auf körperliche Gewalt und besetzt die Zentralen der inneren Steuerung des Menschen.“

**Norbert Blüm (CDU): Gerechtigkeit.
Eine Kritik des Homo oeconomicus, Freiburg 2006, S. 81**

1.3. ...zum Geschäftsmodell Bildung

„Bildung ist keine Ware...“,
sagt z. B. die GEW,
„... sondern ein Menschenrecht“.

„Bildung ist keine Ware...“,
sagt Prof. Straubhaar, Leiter des Institut für Weltwirtschaft in Kiel,

sondern:
„... Bildung ist eine Investition“.

...irgendwie also *keine* Ware, dennoch aber renditeträchtige
Kapitalanlage?!

Auch neoliberale Ökonominnen und Ökonomen erkennen prinzipiell an, dass

- zu wenig Geld für Bildung ausgegeben wird und
- die Benachteiligung einzelner Gruppen zu beseitigen ist.

Aber: Die entsprechende (staatliche) Förderung soll, da das „effizienter“ ist, am Anfang des Bildungsprozesses stattfinden – und im Laufe der „Bildungskarriere“ zurückgehen.

Die Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer sind dabei mehr und mehr zu beteiligen, da sie ja eine (Bildungs-)“Rendite“ erzielen, ihr „Humankapital“ mehr wird.

Wettbewerb und Selektion bedeuten Anreizfunktion für den Homo Oeconomicus: nur die Besten setzen sich durch – und nur die werden als Hochqualifizierte gebraucht.

„Wer im internationalen Bildungswettbewerb Erfolg haben will, muss zu einem fundamentalen bildungspolitischen Richtungswechsel bereit sein. Es gilt, das Bildungssystem in die Freiheit zu entlassen. Markt muss den Staat ersetzen. Mehr Markt ist nicht das Ende der staatlichen Bildungspolitik. Es ist aber der Anfang von mehr Wettbewerb und mehr Selbstbestimmung.“

„Ein modernes Bildungssystem braucht nicht mehr staatliches Geld, sondern die Erlaubnis, Strukturen selbständig zu wählen und eigene Wege der Finanzierung zu gehen. Das heißt nicht, dass sich der Staat aus der Bildungspolitik zurückziehen soll. Im Gegenteil: Weil „mehr Bildung für alle“ eben „mehr Wachstum für alle“ bedeutet, ist es richtig, daß Steuergelder mit im Spiel bleiben.“

„Der Staat soll weiterhin mit direkten Finanzhilfen Gerechtigkeitsziele erfüllen, Chancengleichheit schaffen und private Bildungsinvestitionen anregen. Er soll jedoch diese Ziele nicht über die Angebotsseite und staatliche Bildungseinrichtungen anpeilen. Besser, er stärkt die Nachfrageseite und unterstützt direkt finanziell schwache Studierende und erfolgreiche Forscher/innen.“

**Thomas Straubhaar, Präsident des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts,
am 10. September 2006 in der FAZ**

System der Bildungsfinanzierung: Geplante Verfassung

	Finanzierung des Individuums: Lebensunterhalt und Arbeitsmittel	Finanzierung der Institution (Bildungseinrichtung)
Elementarbereich • Kindergärten • Kindertageseinrichtungen	Staat (Familienlastenausgleich) und Eltern	Staat Eltern
Primarbereich • Grundschulen	Staat (Familienlastenausgleich) und Eltern	Staat
Sekundarbereich I • Orientierungsstufen • Hauptschulen • Realschulen • Gesamtschulen bis Kl. 10 • Gymnasien bis Kl. 10	Staat (Familienlastenausgleich) und Eltern	Staat
Sekundarbereich II • Berufsausbildung im dualen System • Berufsfachschulen • Fachoberschulen • Berufsoberschulen • Gymnasiale Oberstufen	Staat (Familienlastenausgleich und Ausbildungsförderung) und Unternehmen und Auszubildende/Eltern	Staat Unternehmen Auszubildende/Eltern 90%
Tertiärer Bereich • Universitäten • Fachhochschulen • Kunst- und Musikhochschulen • Gesamthochschulen • Pädagogische Hochschulen • Berufsakademien	Staat (Familienlastenausgleich und Ausbildungsförderung) und Auszubildende/Eltern	Staat 70%
Quartärer Bereich (Weiterbildung) • Fachschulen • Abendgymnasien, Kollegs • Meisterfortbildung • Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses • Sonstige Formen der Weiterbildung	Staat und Auszubildende und Unternehmen	Staat Auszubildende Unternehmen
<p>In den hellgrau schattierten Bereichen soll die bisherige individuelle Kostenfreiheit aufgehoben werden, sobald dort Marktbedingungen bestehen. In den dunkelgrau schattierten Bereichen soll die bisherige individuelle Kostenfreiheit auf die angegebenen Prozentwerte reduziert werden.</p>		

Quelle: Schöller, O. (2006): Bildung geht stiften. Zur Rolle von Think Thanks in der Wissensgesellschaft, in: Bittlingmayer, U. H./ Bauer, U. (Hrsg.): Die ‚Wissensgesellschaft‘. Mythos, Ideologie oder Realität?, Wiesbaden: VS Verlag, S. 285 – 320

Eindimensionale Privatisierungsanalyse (Privatisierung als stringenter Prozess)

Um Bildungsmärkte zu realisieren, müssen in der neoliberalen Logik folgende strukturelle Änderungen durchgeführt werden, wie diese im Hochschulbereich aktuell überall zu beobachten sind:

1. ***Modularisierung und Zertifizierung***
1. ***Bepreisung und Budgetierung***
1. ***Bereitstellung von Marktinformationen***
1. ***Privatisierung***

Quelle: Memorandum 2006

Mehrdimensionale Privatisierungsanalyse (Privatisierung als zweidimensionales Kontinuum)

1. Exogene Privatisierung

- Ersetzen von Staats- durch Privatschulen und -hochschulen (Trägerschaft wird an Stiftungen, gemeinnützige Vereine, Unternehmen o.a. übertragen)
- Ersetzen einzelner (An-)Teile des staatlichen Bildungsangebots durch ein privates, bspw. schlechter werdende schulische Bildung durch privaten Nachhilfeunterricht (Schule allein reicht nicht mehr aus)
- Privatisierung von Schulaufsicht, Schulverwaltung, Lehrerbildung etc. mit oder ohne Public-Private-Partnership (PPP)
- Bildungspolitik selbst wird privatisiert (Inanspruchnahme externer Beratung, Forschung, Evaluation etc.: Bildungsmonitor der INSM usw.)
- Definitionsgewalt darüber, was „Bildung“ ist, wird Privaten überantwortet (PISA, Sponsoring von Lehrbüchern etc. pp.)

Quelle: Ball, S./Youdell, D. (2008): Hidden Privatisation in Public Education

Beispiel private Bildungsanbieter

Private Bildungsanbieter gewinnen dramatisch an Bedeutung				
Datum: 11.9.2009				
	1995	2002	2007	Veränderung von 1995 bis 2007
Zahl der allgemeinbildenden Privatschulen¹	2.116	2.522	3.020	+ 43 Prozent
Zahl der beruflichen Privatschulen²	1.483	1.822	1.926	+ 30 Prozent
Schüler/innen an allgemeinbildenden Privatschulen³	486.750	590.397	674.892	+ 33 Prozent
Schüler/innen an beruflichen Privatschulen⁴	142.746	197.831	237.408	+ 66 Prozent
Zuschüsse der Länder für private Schulen⁴	2,4 Mrd. €		3,8 Mrd. € (2005)	+ 50 Prozent
private Hochschulen (ohne kirchliche)⁵	24	51	86	+ 300 Prozent
Studierende an privaten Hochschulen (ohne kirchliche)⁶	15.948	33.287	71.130	+ 346 Prozent
öffentliche Zuschüsse für nicht-staatliche Kindertageseinrichtungen (inkl. kommunale Kitas, die in Eigenbetriebe ausgegliedert wurden)⁷	3,15 Mrd. €	4,36 Mrd. € (2000)	5,7 Mrd. €	+ 81 Prozent

Beispiel Schulverwaltung

Box 7: Education Services Industry in the UK

The 'education services industry' as a whole is growing fast 'at impressive rates of 30% per annum' according to the UK City finance house Capital Strategies (quoted in Guardian Education, 20.06.2000 p.2). According to the Guardian report, the UK Education and Training Shares Index has since January 1996 significantly out-performed the FTE-SE 100. The smart money is getting into 'education services'.

'I believe that schools will be putting all their back office services [once mainly supplied by local government] into the private sector within a few years ... Everyone will want to earn a reasonable margin'. (Graham Walker, Head of Arthur Andersen's government services department, quoted in the *Times Education Supplement* 9. 1. 98)

Quelle: Ball, S./Youdell, D. (2008): Hidden Privatisation in Public Education, S. 25

Beispiel Lehrerausbildung

»Once we get people who have experienced and gone through TFA as union heads and secretaries of education and presidents of school boards«, Carlberg says, »then we will see the large systemic change that is needed in this system.«

USA Today vom 29. Juni 2009 über Teach für America

Beispiel PISA

„Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die PISA-Tests mit ihrem Verzicht auf transnationale curriculare Validität (...) und der Konzentration auf die Erfassung von Basiskompetenzen ein didaktisches und bildungstheoretisches Konzept mit sich führen, das *normativ* ist.“

Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen 2001, S. 19

„Schüler sollen nach PISA *nicht* lernen, nach dem Sinn des Lernens zu fragen, sondern sie sollen Aufgaben lösen, gleichgültig welche. Der von PISA als kompetent Geprüfte soll später einmal ebenso Babynahrung produzieren können wie Landminen. Angesichts der Kriterien von PISA (und einer auf PISA ausgerichteten Schule) sind beide Aufgaben gleich gültig. Und sie bedürfen der gleichen Kompetenzen.“

Volker Ladenthin: PISA und Bildung? Volker Ladenthin im Interview mit Rolf-Michael Simon, Neue Ruhr Zeitung vom 18.11.2007

Beispiel Testindustrie und Bildungspolitik

„PISA steht für die scheinbare Entpolitisierung der Bildungspolitik: da geht es um objektive und unangreifbare Rankings und um Outputsteuerung. Welches Land, welche Schule, welcher Unterrichtsmethode hat die höchsten Outcomes? Das wird dann zum Maßstab. Doch wer legt fest, welche Ergebnisse zählen? Die OECD als die Veranstalterin von PISA, also eine Organisation zur Steigerung der Wirtschaftskraft? Die ist nur die letzte Instanz. Tatsächlich ist PISA ein von großen internationalen Assessment- und Testing-Firmen betriebenes Unternehmen.

Geleitet wird PISA von ACER, einem privatwirtschaftlich arbeitenden australischen Forschungs- und Test-Institut, das weltweit operiert, mit Schwerpunkt in Indien und in der arabischen Welt. Es entwickelt Reports und Testinstrumente für Regierungen und internationale Organisationen. Mit im Boot sitzt ETS, der US-amerikanische Educational Testing Service, in den USA der Marktführer in der Test-Branche. ETS verwaltet den SAT, den Scholastic Aptitude Test, der an allen namhaften US-Hochschulen als Eingangstest verwendet wird. Ein weiteres PISA-Unternehmen ist CITO, das holländische Testing-Institut, das auch in Deutschland eine Filiale hat und Tests vom Vorschulkind bis zum Erwachsenen verkauft.“

**Karl-Heinz Heinemann (2007):
Knatsch um Pisa – CDU fordert den Rauswurf des Pisa-Koordinators**

Beispiel OECD-Strategie

„Um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, sind sehr substanzielle Einschnitte im Bereich der öffentlichen Investitionen oder die Kürzung der Mittel für laufende Kosten ohne jedes politische Risiko. Wenn Mittel für laufende Kosten gekürzt werden, dann sollte die Quantität der Dienstleistung nicht reduziert werden, auch wenn die Qualität darunter leidet. Beispielsweise lassen sich *Haushaltsmittel für Schulen und Universitäten kürzen*, aber es wäre gefährlich, die Zahl der Studierenden zu beschränken. Familien reagieren gewaltsam, wenn ihren Kindern der Zugang verweigert wird, aber nicht auf eine allmähliche Absenkung der Qualität der dargebotenen Bildung, und so kann die Schule immer mehr dazu übergehen, *für bestimmte Zwecke von den Familien Eigenbeiträge zu verlangen oder bestimmte Tätigkeiten ganz einstellen*. Dabei sollte nur nach und nach so vorgegangen werden, z. B. in einer Schule, aber nicht in der benachbarten Einrichtung, um jede allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung zu vermeiden.“

Quelle: OECD (1996): The Political Feasibility of Adjustment. Policy Brief No. 13

„ Around the world, forms of privatization are being introduced into our public education systems. Many of the changes are the result of deliberate policy, often under the banner of ‘educational reform’ and their impact can be far-reaching, for the education of students, for equity, for the conditions of teachers and other educational personnel. Other changes may be introduced un-announced: changes in the way schools are run which may be presented as ‘keeping up with the times’, but in reality reflect an increasingly market-based, competitive and consumerist orientation in our societies.

In both cases, the trend towards privatization of public education is hidden. It is camouflaged by the language of ‘educational reform’, or introduced stealthily as ‘modernization’.“

**Ball, S./Youdell, D. (2008):
Hidden Privatisation in Public Education, S. 3**

2. Endogene Privatisierung

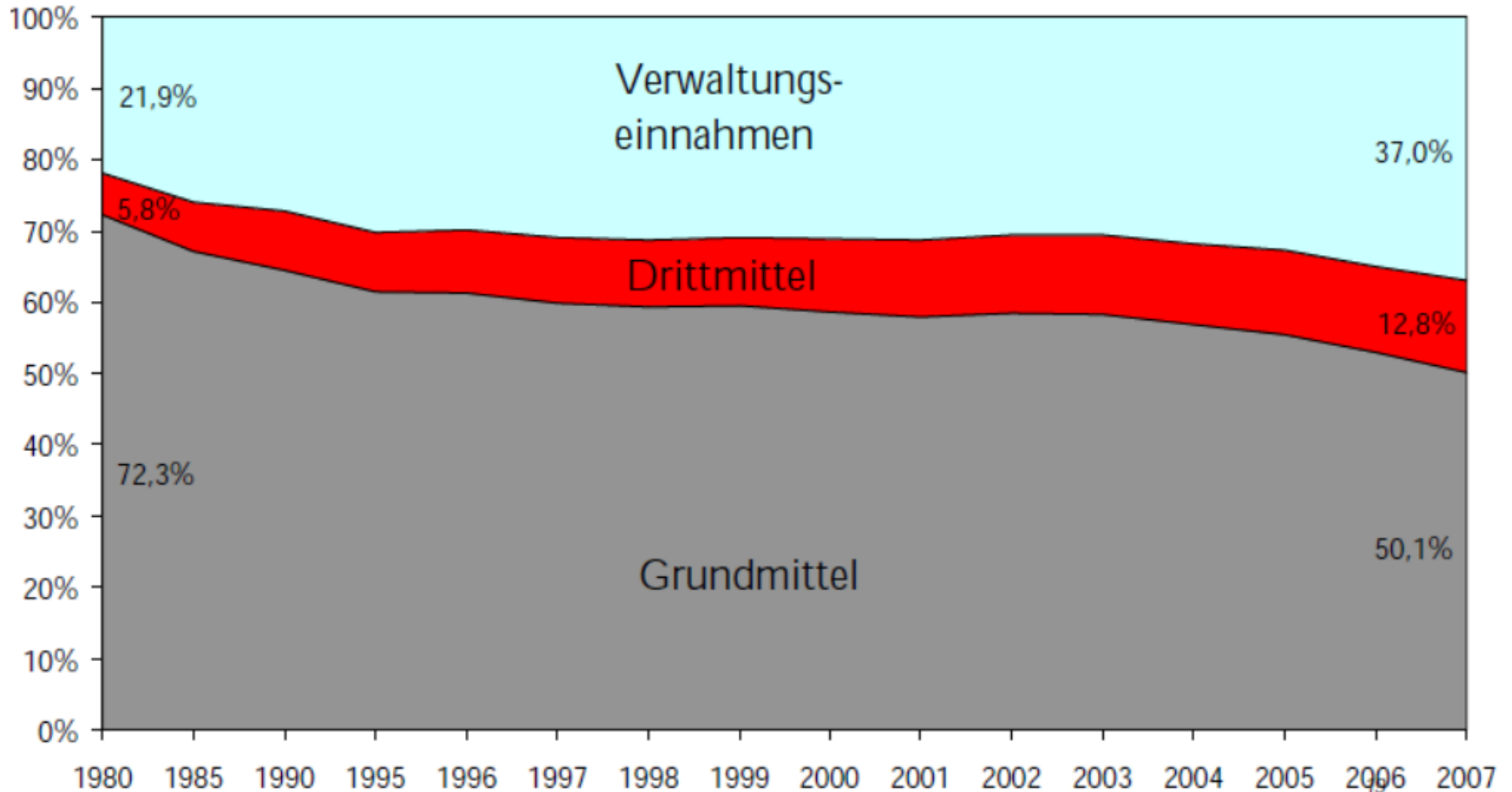
- stl. Bildungseinrichtungen werden ausgezehrt, Drittmittelakquise wird legalisiert
- staatliche Bildungseinrichtungen werden zu Unternehmen umgebaut und anhand betriebswirtschaftlicher Kriterien organisiert (NPM etc.):
 - Ziel- und Leistungsvereinbarungen (Leistung: Berufsschüler finden Ausbildungs-platz), Gesamtbudgets, eigene Personalverantwortung, Schulmanager und Vorstände, „Output“-Orientierung, Schulprofile werden installiert
 - sogenanntes „Qualitätsmanagement“ wird installiert, wobei Qualität „Effizienz bei der Erfüllung quantitativer Kriterien“ umschreibt
- Markt, Wettbewerb, Konkurrenz werden unter ihnen erzwungen
- Markteintrittshürden werden beseitigt:
 - Standards werden dereguliert (Wissensstände, Klassengrößen, Gehälter, Pausenregelungen, Arbeitsschutz, Lehr- und Lernformen), Staat kontrolliert nur noch Kompetenz-„Output“
 - Lehrer werden von Landesbeamten auf Lebenszeit zu Kommunal- oder Schulangestellten mit befristeten Verträgen
 - Mittelzuweisung an Schulen/Lehrer erfolgt „erfolgs“ bzw. „leistungsorientiert“

Quelle: Ball, S./Vouley, D. (2008): Privatisation in Public Education

Endogene Privatisierung bewirkt:

- Selbstverwaltung des qua Unterfinanzierung bestehenden Mangels durch die Bildungseinrichtungen selbst; vermeintliche Unverantwortlichkeit der Politik („Autonomie“ der Einrichtungen);
- BürgerInnen werden für die Institutionen zu KundInnen;
- Bildung wird zur Ware bzw. zum Produkt („Outputorientierung“);
- zunehmendes Einsickern externer Interessen ins Bildungssystem (Marktorientierung, Drittmittelabhängigkeit, Akkreditierung, Hochschulräte, Schulvorstände etc.);
- Markt für Evaluations- und Zertifizierungsdienstleistungen wird geschaffen (SEIS, PISA etc.);
- bessere Wettbewerbsbedingungen für private Bildungsanbieter;
- Institution ist „übernahmereif“.

Beispiel Hochschulfinanzierung



Quelle: Gunter Quaißer und Klemens Himpele: Ökonomische Rahmenbedingungen und Hochschulfinanzierung, 2010

Beispiel Hochschulräte

DIE LINKE kritisiert wachsende Bedeutung der Hochschulräte – Wirtschaftsvertreter zu stark vertreten

Geschrieben am 10. Mai 2010

Hannover. DIE LINKE im Landtag hat die Zusammensetzung der Hochschulräte als zu einseitig kritisiert. Die Räte seien zu stark mit Wirtschaftsvertretern besetzt. Fast die Hälfte der 95 frei wählbaren Ratsmitglieder komme von der Arbeitgeberseite, lediglich eines, und zwar an der Universität Oldenburg, aus einer Gewerkschaft. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervor.

Victor Perli, der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion, erklärte dazu: „Die Hochschulräte haben durch die Wissenschaftsminister Thomas Oppermann

Beispiel Verwaltungsmodernisierung

The screenshot shows the website of the Hessische Staatskanzlei. The header includes the HESSEN logo, the name 'Hessische Staatskanzlei', and the URL 'hessen.de | Inha'. A navigation bar contains links for 'Startseite', 'Ministerpräsident', 'Über uns', 'Hessen in Berlin', 'Presseservice', and 'Kongresse und Initiativen'. The main content area is titled 'Kongresse und Initiativen' and features a sidebar with a tree view of categories. The selected category is 'Verwaltungsmodernisierung', which includes sub-items like 'Privatisierung', 'Universitätsklinikum Gießen und Marburg', 'Public Private Partnership', etc. The main text area is titled 'Aufgabenabbau, Privatisierung' and contains a paragraph about the goals of privatization, a section 'Die Umsetzung', and contact information for Dr. Wolf-Henner Sneathlage.

HESSEN
Hessische Staatskanzlei

hessen.de | Inha

Startseite | Ministerpräsident | Über uns | Hessen in Berlin | Presseservice | Kongresse und Initiativen

Kongresse und Initiativen

- Nachhaltiges Hessen
- Demographie
- Ehrenamt
- Verwaltungsmodernisierung
 - Privatisierung**
 - Universitätsklinikum Gießen und Marburg
 - Public Private Partnership
 - Landesinterne Fortbildung
 - Beteiligungen des Landes
 - Gefängnisse (Teilprivatisierung)
 - Straßenmeistereien
 - Neue Landesbetriebe
 - Bürokratieabbau
 - E-Government
 - Bündelung & Delegation
 - Neue Verwaltungssteuerung
 - Personalmanagement
 - Publikationen
 - Erfahrung hat Zukunft 2007
 - Nanotech-Konress 2006

Kongresse und Initiativen > Verwaltungsmodernisierung > Privatisierung

Aufgabenabbau, Privatisierung

Der Abbau bzw. die Privatisierung staatlicher Aufgaben ist eines der wichtigsten Ziele der Verwaltungsreform. Jede staatliche Leistung soll auf ihre Notwendigkeit und ihre Privatisierungsfähigkeit hin überprüft werden. Bisher von Behörden ausgeführte Leistungen wie Vermessungen können zum Beispiel von öffentlich bestellten Sachverständigen erledigt werden oder Unternehmen können anstelle staatlicher Behörden Aufträge übernehmen. Voraussetzung dafür ist, dass der Privatisierung keine rechtlichen Vorgaben entgegenstehen sowie die privaten Unternehmen die hinsichtlich Umfang und Qualität definierten Leistungen zu günstigeren Kosten erbringen können, als dies im Zuge der verwaltungsinternen Leistungserbringung der Fall wäre.

Die Umsetzung

Alle Aufgabenbereiche der Hessischen Landesverwaltung sollen grundsätzlich auf ihre Notwendigkeit und ihr Privatisierungspotenzial hin überprüft werden.

Zunächst muss dabei festgestellt werden, welche Aufgaben privatisierungsfähig sind. Wenn ein Verwaltungsbereich grundsätzlich als privatisierungsfähig eingestuft worden ist, werden die konkreten Möglichkeiten überprüft - meist von eigens dafür eingerichteten Projektgruppen, die federführend von einem oder mehreren Ministerien betreut werden.

Für einige Bereiche liegen bereits konkrete Ergebnisse vor, bei anderen ist die Einstufungs- und Überprüfungsphase noch nicht abgeschlossen, so dass auch noch nicht klar ist, ob und in welchem Umfang dort staatliche Aufgaben privatisiert werden. Dort, wo rechtliche Hindernisse einer Privatisierung entgegenstehen, wurden teilweise Gesetzesänderungen auf Landes- oder Bundesebene in die Wege geleitet.

Ansprechpartner:
Hessische Staatskanzlei
[Dr. Wolf-Henner Sneathlage](#)

„Der Abbau bzw. die Privatisierung staatlicher Aufgaben ist eines der wichtigsten Ziele der Verwaltungsreform. Jede staatliche Leistung soll auf ihre Notwendigkeit und ihre Privatisierungsfähigkeit hin überprüft werden.“

Beispiel Markt- statt staatlicher Steuerung

Pädagogische Werte	Marktwerte
individuelle Bedürfnisse von Schule und Schüler	individuelle Leistung von Schule und Schüler
Gemeinsamkeit (heterogene Klassen, offener Zugang, Inklusion)	Ausdifferenzierung und Hierarchisierung (Lernbedingungen, Leistungsklassen, selektiver Zugang, Exklusion)
dient dem Gemeinwohl	ist attraktiv für „Abnehmer“ und „Kunden“
Ressourcenallokation schwerpunktmäßig bei den am meisten Hilfsbedürftigen	Ressourcenallokation schwerpunktmäßig bei jenen, die als besonders begabt erscheinen
Kollektivität (Kooperation zwischen Schulen und Schülern)	Konkurrenz (zwischen Schulen und Schülern)
umfassende Wertschätzung aufgrund einer Vielzahl akademischer und sozialer Qualitäten	begrenzte Wertschätzung aufgrund des Erreichens von Leistungsindikatoren
die Bildung aller Kinder und Jugendlichen ist gleichermaßen wertvoll und wichtig	der Wert der Bildung von Kindern und Jugendlichen ist abhängig von entstehenden Kosten und späterem Nutzen

Quelle: Ball, S./Youdell, D. (2008): Hidden Privatisation in Public Education, S. 96



Quelle: <http://www.youtube.com/watch?v=T3qiRn3tVpg>

Pause

2. Teil: Konkrete Projekte

Grundsätzlich I

“The ‘market form’ is the key device of hidden privatisation in education.”

**Ball, S./Youdell, D. (2008):
Hidden Privatisation in Public Education, S. 18**

„The ‚flexibilisation‘ of teachers work is a key component of most versions of privatisation, threatening to alter both the perception of teachers within society and the quality of students‘ experience in schools.“

**Ball, S./Youdell, D. (2008):
Hidden Privatisation in Public Education, S. 10**

Grundsätzlich II

Es ist sinnvoll:

- Schulen zu demokratisieren und Schülern, Eltern und Lehrern und Schulträgern generell mehr Mitbestimmung zu ermöglichen – unter anderem in Bezug auf Personalentscheidungen;
- die Rechtsansprüche von Kindern, Jugendlichen und Eltern sowie Kommunen bzw. Schulträgern und Schulen gegenüber den Ländern und Landkreisen auszubauen und aufzuwerten;
- Transparenz für Entscheidungen an und über Schule herzustellen;
- Bildungsangebote vor Ort besser miteinander zu vernetzen und aufeinander abzustimmen;
- kommunale Bildungszuständigkeiten zu konzentrieren (1 Amt statt 4 oder 5);
- vor Ort AnsprechpartnerInnen und Beratungsangebote zu schaffen;
- LehrerInnen besser auszubilden, zu coachen etc. pp.

Grundsätzlich III

Nicht sinnvoll ist es hingegen:

- viel Mühe in die Unterstützung von Projekten einzubringen, die unter der Prämisse stehen, dass mit stagnierenden oder sogar sinkenden Mitteln die Qualität im Bildungssystem gesteigert werden könnte (in der Regel „Durchsetzungsrhetorik“ für andere Ziele);
- Schulen zu Betrieben umzubauen;
- Schulleiter als Unternehmensleiter einzusetzen;
- Schulen untereinander in Wettbewerb zu setzen (Marktsimulation);
- Schulen entsprechend der Nachfrage und/oder ihrer messbaren „Leistungen“ zu finanzieren;
- die pädagogischen Freiheiten durch betriebswirtschaftliche Steuerung, Leistungskennzahlen und Zielvereinbarungen sowie „Total Quality Management“, die allesamt Qualität in Effizienz umdefinieren, sukzessive abzuschaffen;
- Personalhoheit oder Schulaufsicht von der Landesebene weg zu verlagern.

2.1. Bürgerschule

Genese

*„Unter Moderation der Stiftung Zukunft Berlin haben sich die Handwerkskammer Berlin (HWK), die Industrie- und Handelskammer Berlin (IHK), der Verein der Berliner Kaufleute und Industrieller e.V. (BKI), die Bürgerstiftung Berlin und der PARITÄTISCHE Berlin Anfang Juli 2007 mit einer „Kooperationskonferenz“ erstmals gemeinsam in die öffentliche Diskussion über die Zukunft Berlins eingemischt. Es geht dabei darum, Zukunftsstrategien für Berlin zu entwerfen. Hier hat der PARITÄTISCHE viel beizutragen. Das Thema Schule und Bildung stand im Endergebnis der Kooperationskonferenz ganz oben. Das Besondere dieser Initiative ist, dass Zukunftsstrategien für Berlin als **gemeinsame Chefsache der bedeutendsten Berliner Wirtschaftsverbände, der genannten Stiftungen und des PARITÄTISCHEN als größtem Wohlfahrtsverband in Berlin** vorangetrieben und gemeinsam mit der Politik umgesetzt werden sollen“.*

Der Paritätische Berlin (2007):
Bürgerschulen für alle! Schulen in Berlin – ein Reformkonzept

Genese

Diskussionsgrundlagen: Papiere des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Köln und von Mitwirkenden des „Aktionsrates Bildung“ der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft.

BÜRGERSCHULE für Berlin

Ein innovatives Modell der FDP-Fraktion



Grundtenor

*„In kaum einem anderen europäischen Land gibt es einen so engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen wie in Deutschland. [...] Schulen müssen [daher] in die Lage versetzt werden, jedes Kind umfassend und bestmöglich in seiner individuellen Entwicklung zu fördern. Die **Eigenverantwortung** der Schulen ist deshalb zu stärken und der **Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen** zu stärken. Der Paritätische hat dazu das Konzept der Bürgerschule entwickelt und detaillierte Umsetzungsvorschläge erarbeitet. Schulen in frei-gemeinnütziger Trägerschaft gewährleisten einen unverzichtbaren Teil von Bildungspluralität und kreativ-innovativer Pädagogik. Die Gründung und das Betreiben einer Schule in frei-gemeinnütziger Trägerschaft ist Ausdruck **bürgergesellschaftlichen Engagements** und staatlicherseits nicht zu behindern, sondern zu unterstützen. Deshalb hat sich der Bund dafür einzusetzen, dass in allen Bundesländern **für alle Schulen gleiche Finanzierungs- und Zulassungsbedingungen** geschaffen werden. Wir brauchen eine gemeinsame Bildungsoffensive von Bund und Ländern, mit dem Ziel, Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit endlich verbindlich umzusetzen. Wir brauchen die inklusive Schule für alle Kinder und Jugendlichen.“*

Der Paritätische (2009): Agenda für die Legislaturperiode 2009 – 2013

Es geht also um Demokratisierung und Chancengleichheit?

Grundtenor

„Der Staat als Schulträger ist gescheitert, Schulen werden ihrer gesellschaftlichen Verantwortung im staatlichen Bildungswesen nicht mehr gerecht. Mit dieser provokanten These wirbt jetzt ausgerechnet der Initiator der Bremer Schulleitervereinigung und langjährige Grünen-Bildungspolitiker Helmut Zachau für das Modell einer Bürgerschule.“

*„Was ich will, ist der Bruch mit der **verbeamteten** zentral gesteuerten Schule in der Tradition der preußischen Obrigkeit. Ich plädiere für selbständige Schulen als Anstalten öffentlichen Rechts [...]. Die Wohlfahrtsverbände werben gerade für das Modell, das sie Bürgerschule nennen und bieten sich als Träger an. Ich kann mir gut vorstellen, dass das die **Regelform staatlicher Schule** wird.“*

Weser Kurier vom 6. Oktober 2010: „Der Staat ist als Schulträger gescheitert“

Methodenkontinuum

In den insgesamt acht Thesen des Papiers fordert der DPWV-Gesamtverband unter anderem:

- Schule soll fortan stärker „einen **modernen Bürgerethos** vermitteln“ und „das **Individuum stärken**“ (These 1).
- **Übertragung staatlicher Schulen an gemeinnützige private Träger** (These 4): „Öffentlich- oder privatrechtliche Stiftungen sowie freigemeinnützige Träger erhalten damit die Freiheit, aber auch die volle Verantwortung, gute Bildung zu produzieren [...].“
- Schulen „**aus zentralistischen Verwaltungsstrukturen**“ **herauszulösen** (These 2) sowie die dann **neuen Verantwortlichkeiten** klar zu regeln (These 8).
- generelle **Angleichung der Finanzierung staatlicher und privater (nicht nur gemeinnütziger!) Schulen** (These 5).
- personenbezogene Budgets für die Schülerinnen und Schüler (also eine „**leistungsorientierte**“ **Bezahlung** von und **betriebswirtschaftliche Organisation für Schulen**) sowie die ‚**Wahlfreiheit**‘ für Eltern und Schüler (Thesen 6 und 7).

Quelle: Der Paritätische (2009): Agenda für die Legislaturperiode 2009 – 2013

2.2. Kommunale Schule | Bildungslandschaft

Genese: Aktuelle Debatte

Weinheimer Initiative (2007):

Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung. Eine öffentliche Erklärung

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2007):

Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau Kommunalen Bildungslandschaften

Deutscher Städtetag (2007): Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages anlässlich des Kongresses „Bildung in der Stadt“ am 22./23. November 2007

Hessischer Landkreistag (2008):

Strategiepapier des Hessischen Landkreistages zur Fortentwicklung des Schulwesens in Hessen für

Dorothea Minderop (2008): Regionale Bildungslandschaften

Armin Lohmann (2009): Abschied von der zentralen Steuerung. Zur regionalen Gestaltung bildungsgerechter Lebensräume; in: PädF 3/2009, S. 104 – 108

Dorothea Minderop (2009): Bildungsregionen in Niedersachsen. Teil 2: Eine Idee findet Resonanz; in: SchVw NI 2/2010, S. 38 - 41

Genese: Debatte allgemein

„Für die Zukunft unserer Kinder müssen Städte und Gemeinden die Zuständigkeiten und Ressourcen zur Gestaltung einer kommunalen Bildungslandschaft übertragen bekommen.“ Dies forderte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) Reiner Prölß anlässlich des 12. Deutschen Jugendhilfetages in Osnabrück. Dazu gehöre dann konsequenter Weise auch eine weitgehende Kommunalisierung des Schulwesens, so Prölß.“

Pressemeldung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) vom 15.06.2004

„Wenn sich das Modell bewährt, sollen bis 2018 alle allgemein bildenden Schulen in die vollständige Trägerschaft der Gemeinden, Städte und Kreise übergehen; auch bei berufsbildenden und Förderschulen sollen die Schulträger die Möglichkeit erhalten, sie vollständig zu übernehmen.“

SPD Niedersachsen: Zukunft der Bildung. Beschluss des Landesvorstandes vom 3. Februar 2006

Grundtenor

„Die Kommune ist die zentrale Plattform für die Bildung junger Menschen. Sie ist der Ort, an dem schulisches, soziales und emotionales Lernen und Bilden stattfindet. Deshalb muss die Steuerungsverantwortlichkeit für die Verzahnung der Träger, Einrichtungen und Angebote durch die Kommune wahrgenommen werden, weil nur sie den erforderlichen Rahmen zur optimalen Nutzung der örtlichen Ressourcen sicherstellen und verbindliche Kooperationsstrukturen herstellen kann.“

Deutscher Verein: Seite 2

„Nur, wenn diese [kommunalen] Lebenswelten in den Blick der Bildung genommen werden, wird es gelingen, den Automatismus zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft zu entkoppeln und eine Teilhabe an Bildung für möglichst alle Kinder und Jugendlichen optimal zu ermöglichen.“

Deutscher Verein: Seite 21

Es geht also um Demokratisierung und Chancengleichheit?

Methodenkontinuum

- **Dezentralisierung** der zu geringen Landesbudgets für den Schulbereich und deren Übertragung auf die Kommunen;
- „Weiterentwicklung der Kooperationskultur mit verbindlichen Kontrakten“ (Deutscher Verein: S. 3), also **Ziel- und Leistungsvereinbarungen** von oben nach unten sowie zwischen lokalen „Partnern“;
- ein „umfassendes **Bildungsmonitoring** als integriertes Berichtswesen“ (ebd.);
- eine „kontinuierliche **Evaluation**“ (ebd.);
- „die verstärkte Einbeziehung **ehrenamtlich Tätiger**“ (ebd.: 10);
- kommunale „Einflussmöglichkeiten auf [...] den Umgang mit den in erster Linie personellen Ressourcen“ (ebd.: 17), konkret also die „**Kommunalisierung der Dienstverhältnisse der Lehrer**“ (Hessischer Landkreistag: S. 3);
- eine **Anbindung der Bildungseinrichtungen an die Interessen der kommunalen Wirtschaft**, um die „Standortqualität“ (Deutscher Verein: 17) der Kommune zu erhöhen;
- das verbindliche **Einbeziehen der kommunalen Wirtschaft in die Bildungsplanung** selbst;
- Schulen eine „**eigene Rechtsfähigkeit** gegeben wird“ (Hessischer Landkreistag: 6);
- Schulen dazu zu bringen, „gezielte **Öffentlichkeitsarbeit**“ (Armin Lohmann (2009): S. 107) zur Werbung neuer Schülerinnen und Schüler respektive zur **Akquise von Drittmitteln** zu machen;
- Einrichtung „regionaler **Bildungsfonds**“ (ebd.) oder Bildungstiftungen

„Argumente“ I

„Erst wenn die Kommunen durch erweiterte Zuständigkeiten [...] über **inhaltliche** und personelle Gestaltungsmöglichkeiten verfügen, werden sie in die Lage versetzt, die systemimmanenten wie die **örtlichen Ressourcen** im Interesse der jungen Menschen [...] miteinander [zu] verbinden“ (Hessischer Landkreistag.: 18f.).

„Das Engagement der lokalen Wirtschaft dient zugleich der Sicherung und dem Ausbau der eigenen zukünftigen qualifizierten Mitarbeiterschaft. Diese **Investition in die eigene Zukunft** bildet die wirksame Basis für lokale und regionale Kooperation“ (Weinheimer Initiative: S. 10).

„Berufsbildende Schulen **übernehmen Qualifizierungsangebote** für Fachkräfte aus handwerklichen und mittelständischen Betrieben. Kommunen erkennen in der Kombination von Bildung und Wirtschaftsförderung einen Standortvorteil, der der Abwanderung entgegenwirkt“ (Armin Lohmann (2009): S. 104).

„Schulen werden langfristig nicht mehr ein **staatlich vorgegebenes Angebot** liefern können, das von der Lehrerauswahl bis zur Pausenregelung zentral gesteuert wird“ (ebd.: 105).

„Argumente“ II

„Demografie-politische Strategien [...] belegen, dass eine veränderte soziale Infrastruktur flexible Reaktionen erfordert, die immer mehr auf **Koordinations-, Bündelungs- und Moderationsfunktionen sowie Prozessmanagement und Impulsgebung** hinauslaufen [...]“ (ebd.).

„In nordrhein-westfälischen Verwaltungen [...] werden die Ressorts Kindertagesstätte, Schule und Jugend, Erwachsenenbildung mit der Abteilung regionale Wirtschaftsförderung zusammengeführt, um **Synergien für ökonomische und bildungspolitische Konzepte** zu erzielen“ (ebd.: 106).

„U.a. soll dazu das Bildungswesen ausgerichtet werden auf die veränderten sozialen gesellschaftlichen Strukturen, auf ein biografisches Bildungsverständnis und auf den **zukünftigen Fachkräftebedarf der regionalen Wirtschaft**“ (Dorothea Minderop (2009): S. 40f.).

„Es gibt Überlegungen, das Projekt ‚Brückenjahr‘ seitens des Kreises auf alle Grundschulen auszuweiten und zu einer **Kooperation von Schulen z.B. mit Dau-Chemical** zur Problematik ‚Naturwissenschaft und Mathematik in Unterricht und Praxis‘“ (Dorothea Minderop (2008): S. 4).

„Argumente“ III

Schluss mit Anspruchsdenken!

„Technische Vorgaben für die Ausstattung von Schulgebäuden in Deutschland müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Wer sich im europäischen Ausland umschaute, wird zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich Deutschland **maximale Ausstattungsstandards** leistet, bei inhaltlichen Leistungsvergleichen, wie der PISA-Studie aber schlecht abschneidet. In Deutschland muss möglich sein, was in vielen europäischen Ländern Realität ist: Schuleinrichtungen müssen zwar sicher sein, Kindern und Jugendlichen kann jedoch **das allgemeine Lebensrisiko**, das sie auch außerhalb der Schule betrifft, nicht abgenommen werden“ (Hessischer Landkreistag: S. 7).

Resümee

Bürger- und kommunaler Schule | Bildungslandschaft sind **Durchsetzungsinstrumente** für die „nächste“ **Stufe endogener Privatisierung**. Beide Maßnahmen zielen immanent auf die Abschaffung von **Markteintrittshürden** und **Öffnung des bisher geschützten Marktes** für Private ab:

Prämissen:

- Da kein Geld da ist, muss Qualitätssteigerung mittels „Modernisierung“, „Synergieeffekten“ und „Drittmitteln“ erzielt werden (beide).
- Markt, Wettbewerb, Konkurrenz werden als gemeinsame Grundlage staatlicher und privater Bildungseinrichtungen akzeptiert (beide).

Daher:

- Dezentralisierung der Verantwortung für Bildung und somit Deregulierung von (auch Wissens- und Organisations-)Standards (beide)
- Lehrer von Landesbeamten auf Lebenszeit zu Kommunal- oder Schulangestellten mit befristeten Verträgen machen (beide)
- freie Schulwahl und Bildungsgutscheine einführen (Bürgerschule, latent auch KS)
- staatliche und private Schulen gleich finanzieren (Bürgerschule)
- Schulträgerschaft auf Stiftungen o.ä. übertragen (Bürgerschule, latent auch KS)

„Nach Schätzung des Bankhauses Merrill Lynch beträgt das Finanzvolumen des globalen Bildungsmarkts (der knowledge enterprise industry) rund 2.200 Mrd. US-Dollar jährlich.“

Ingrid Lohmann: Universität, neue Medien und der globale Bildungsmarkt. Wie Bildungsprozesse in Eigentumsoperationen mit Wissen transformiert werden

Literaturempfehlungen

Bultmann, T./Schöller, O. (2003): Die Zukunft des Bildungssystems: Lernen auf Abruf – eigenverantwortlich und lebenslänglich! Oder: die langfristige Entwicklung und politische Implementierung eines postindustriellen Bildungsparadigmas, in: PROKLA 131, Juni 2003, S. 331 – 354

Wernicke, J./Brodowski, M./Herwig, R. (Hrsg.) (2005): Denkanstöße. Wider die neoliberale Zurichtung von Bildung, Hochschule und Wissenschaft, Münster: Lit-Verlag

Schöller, O. (2006): Bildung geht stiften. Zur Rolle von Think Thanks in der Wissensgesellschaft, in: Bittlingmayer, U. H./Bauer, U. (Hrsg.): Die ‚Wissensgesellschaft‘. Mythos, Ideologie oder Realität?, Wiesbaden: VS Verlag, S. 285 – 320

Harvey, D. (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich: Rotpunktverlag

Thomas Jahnke, Wolfram Meyerhöfer (2007): PISA & Co. Kritik eines Programms, Hildesheim/Berlin: Verlag Franzbecker

Krautz, J. (2007): Ware Bildung. Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie, Kreuzlingen/München: Heinrich Hugendubel Verlag

Ball, S./Youdell, D. (2008): Hidden Privatisation in Public Education

ENDE

„Der Neoliberalismus trägt seinen Namen deshalb, weil er in vielen wirtschaftlichen Bereichen die Konkurrenz wiederherstellen will und sich gegen Staatsmonopole und Staatsinterventionen wendet. Der Name ist jedoch irreführend. Der Liberalismus war die Ideologie des Konkurrenzkapitalismus des 19. Jahrhunderts, einer nicht durch Monopole und Staatseingriffe beschränkten Konkurrenz unter relativ gleich starken Unternehmen. Der Liberalismus war deswegen antimonopolistisch. Freie Marktwirtschaft bedeutete Marktwirtschaft, frei von Großunternehmen und Staatsintervention. Der ‚Neo‘liberalismus ist nicht darauf aus, den Konkurrenzkapitalismus wiederherzustellen, sondern die privaten Monopole weitestgehend zu stärken und Staatsinterventionen nur zu ihren Gunsten zuzulassen. Er erscheint zunächst als Liberalismus, weil er die Konkurrenz in all den Bereichen wiederherstellen will, die den Interessen der großen Monopole der Banken und Konzerne dienen. Damit sollen die Produktionskosten verringert und die langfristig gefallenem Profitraten angehoben werden.“

Rainer Roth (1998): Das Kartenhaus. Staatsverschuldung in Deutschland, S. 370

„Der Neoliberalismus tritt zwar allgemein für eine Reduzierung der Staatsquote ein, in Wirklichkeit aber nur für die Reduzierung der Staatsausgaben, die nicht direkt den Banken und Konzernen zugute kommen. Er tritt für den Abbau der Staatszuschüsse zugunsten der ökonomischen Interessen der Lohnabhängigen und für den Ausbau der staatlichen Subventionen zugunsten des Rentnerkapitals und der mächtigen Konzerne ein.“

Rainer Roth (1998): Das Kartenhaus. Staatsverschuldung in Deutschland, S. 374

„Als der Kapitalismus schließlich ab zirka Ende der 1970er Jahre zunehmend die Grenzen [...] möglicher Rentabilität erreicht, was in die dauerhafte Krise, deren Folgen heute zunehmend mehr Menschen auch in den Industrieländern zu spüren bekommen, führt, erfolgt als produktivkräftesteigernde Krisenreaktion [...] eine symbolische Mobilmachung mit dem Ziel der [...] weitreichenden Ökonomisierung [und Privatisierung] vormals staatlicher [...] Bereiche, in deren Folge zunehmend auch das Wissen eine andere Form annimmt: Es wird vom Produktionsfaktor zum profitablen Produkt transformiert und in zunehmendem Maße warenförmig gehandelt und organisiert, was neue Profitrealisierungsmöglichkeiten erschließt.“

Jens Wernicke: Hochschule im historischen Prozess, S. 125 f.